Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 270 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20612.

Morgen-Ausgabe

Freitag, 6. Juni

Anzeigenpreis: Hiesige Interessenten je Zeile 30 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Nationales Erwachen in Oberschlesien

Gründung eines Zentral-Volksrates.

(Von unserem hf. - Sonderberichterstatter.)

Oppeln, 5. Juni.

In Oberschlesien haben sich alle Parteien zur Abwehr zusammengeschlossen. Diese Bewegung fand gestern ihren Ausdruck in der Gründung eines Zentral-Volksrates für Ober-Schlesien, in dem alle Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen zusammengeschlossen sind. Der Zentral-Volksrat hat keine behördlichen Aufgaben. Sein Programm ist ein Kulturprogramm. Man will der oberschlesischen Bevölkerung die Vorzüge deutscher Kultur näherbringen. Vorläufig will der Zentral-Volksrat die deutschnationale Stimmung, die jetzt in Ober-Schlesien vorherrscht, weiter fördern und erhalten.

*

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Berlin, 5. Juni.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung hat zu den deutschen Gegenvorschlägen eine einstimmige Erklärung beschlossen, in der entrüstet Einspruch erhoben wird, daß das Dokument weder dem Friedensausschuß der Nationalversammlung noch der Nationalversammlung selbst vorgelegen hat. Insbesondere erhebt sie Einspruch gegen eine vollständige Auslieferung der Kriegsflotte, gegen die Herabminderung des Heeres auf 100 000 Mann, gegen den Verzicht auf die allgemeine Wehrpflicht, gegen die Abgabe des einseitigen Schuldbekenntnisses und gegen das Angebot der 100 Milliarden-Entschädigungssumme.

Der verprügelte Ministerrat

Ein Putsch auf das Ministerium in Wiesbaden — Streik der Beamten — Eine neue Losreißungsnote an Clemenceau.

Frankfurt a. M., 5. Juni.

Der Präsident der rheinischen Republik, Dorten, versuchte gestern abend mit seinem neu gebildeten Kabinett durch einen Handstreich von der Regierung in Wiesbaden Besitz zu ergreifen. Er benutzte den freien Nachmittag der Beamten, um in das Regierungsgebäude einzudringen, und ordnete als erste Amtshandlung die Hissung einer weiß-grünen Fahne, die er gleich mitgebracht hatte, an. Doch konnte der Befehl nicht ausgeführt werden, weil man nicht den Ausgang zum Dache fand. Inzwischen hatte sich die Kunde von dem beabsichtigten Putsch verbreitet, und eine große Menschenmenge sammelte sich mit dem Ausdrucke heftigster Empörung vor dem Gebäude an. Handfeste Leute drangen in das Gebäude und verprügelten die Herren Minister fürchterlich, so daß einige vom Arzt den ersten Verband erhalten und ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Nur Dr. Dorten kam glimpflich davon, weil er sich im Regierungsgebäude versteckte und später durch die Flucht rettete. Bemerkenswert war bei den Vorgängen die Haltung des französischen Militärs. Die Wache im Regierungsgebäude beobachtete volle Neutralität. Auch der Kommandant von Wiesbaden, Pinot, erklärte, sich nicht in die Vorgänge einmischen zu wollen; nur müsse auf der Straße Ruhe bewahrt werden.

Die Regierungsbeamten haben vorläufig die Arbeit niedergelegt, ebenso die Magistratsbeamten. Es wurde ihnen ein Ultimatum zur Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit gestellt, dessen Wirkung noch nicht in die Erscheinung getreten ist. Das Publikum ist voller Entrüstung über die Vergewaltigung, kann aber seinem Unmut keinen Ausdruck verleihen, da französische Maschinengewehre und Bajonette hinter den Machthabern stehen.

Berlin, 5. Juni.

Die Meldung von der Ernennung des Abgeordneten Trimborn zum Oberpräsidenten in Koblenz bestätigt sich nicht. Vom Rheinischen Bauernbund wird Herr von Schorlemer-Lieser vorgeschlagen, von anderer Seite der Abgeordnete Moldenhauer. — Seitens der Franzosen wird zur Unterstützung der Loslösungsbestrebungen in der Rheinprovinz gerüchtweise unter anderm verbreitet, daß nach erfolgter Ausrufung der Republik die Weinpreise amtlich auf den Friedenspreis festgesetzt werden würden, ebenso die Lebensmittelpreise, und daß der Markkurs sofort auf 1,25 festgesetzt werden würde. — Die Amerikaner und Engländer haben jede Förderung der Losreißungsbestrebungen in den von ihnen besetzten Gebieten verboten und erkennen nur die jetzige deutsche Regierung an.

Berlin, 5. Juni.

Clemenceau wurde zusammen mit der von Erzberger am Rubant gegebenen Note eine Note über die Loslösung der Rheinlande und der Pfalz überreicht, in der unter anderem festgestellt wird, daß diese Bestrebungen von den Okkupationsbehörden nicht nur geduldet, sondern sogar offen unterstützt würden. Deutsche Beamte, die pflichtgemäß gegen die Umtriebe einschreiten und sie zur Verantwortung ziehen wollten, seien mit Ausweisung bedroht und verfolgt worden. Weiter heißt es in der Note, die deutsche Delegation mache die Alliierten darauf aufmerksam, daß die Förderung der Abtrennung in hohem Maße geeignet sei, die Friedensverhandlungen zu stören, in schroffem Gegensatz zu Artikel 5 des Waffenstillstandsabkommens stehe und daß eine Abtrennung in großer Volksteile die wirtschaftlichen Unterlagen der Leistungsfähigkeit Deutschlands erschüttern müsse. Befürchten also die Okkupationsbehörden den Abfall der Rheinlande, so verringerten sie die rechtlichen Sicherheiten für die Durchführung der Friedensbedingungen. Zum Schluß fordert die Note, daß die Okkupationsbehörden angewiesen werden, jede Förderung der Loslösungsbestrebungen zu unterlassen und die deutschen Behörden bei deren Bekämpfung nicht zu hindern.

Bamberg, 5. Juni.

Wie der Aeltestenrat des Bayrischen Landtags mitteilt, wurde der bayrische Abgeordnete Klemens in Kaiserslautern als Versammlungsredner von Franzosen verhaftet. Der Landtag protestiert gegen diesen Völkerrechtsbruch.

Leviné hingerichtet

München, 5. Juni.

Das Todesurteil wurde an Leviné-Nissen um die Mittagsstunde vollstreckt.

München, 5. Juni.

Das Gesamtministerium hat keinen Anlaß gefunden, die gegen Eugen Leviné vom standrechtlichen Gericht in München wegen Hochverrats erkannte Todesstrafe im Wege der Gnade zu mildern. Es kam zu seiner Entschließung nach eingehender und gewissenhafter Prüfung aller für und gegen eine Begnadigung sprechenden Umstände. Bei der Würdigung des Falles war vor allem die Gesamtverantwortlichkeit Lewinés in Betracht zu ziehen, der die Hauptschuld daran trägt, daß es in München zum Bürgerkrieg gekommen ist, obwohl er nach seiner eigenen Erklärung in der mündlichen Verhandlung sich vollständig darüber klar war, daß ein Obsiegen seiner Partei in dem bevorstehenden Kampfe gegen die Regierungstruppen ausgeschlossen sei. Leviné hat nachweisbar die Anhänger seiner Idee in den Tod getrieben, sich selbst aber rechtzeitig vor dem Endkampf in Sicherheit gebracht. Durch ihn sind viele Familien nicht nur infolge der schweren wirtschaftlichen Schädigungen, sondern auch durch den Verlust der Ernährer in unsagbares Elend gekommen.

München, 5. Juni.

Vor dem Standgericht in München begann heute vormittag die Verhandlung gegen den Kaufmann Michael Cronauer und den Bildhauer Ludwig Mühlbaum, die angeklagt sind des Verbrechens der Beihilfe zum Hochverrat, begangen dadurch, daß sie am Revolutionstribunal unter der Nätegesi als Richter und Verhandlungsleiter teilnahmen.

Berlin, 5. Juni.

Der Untersuchungsausschuß der preußischen Landesversammlung wegen der Unruhen hat gestern abend beschlossen, beim Reichswehrminister einen erneuten Versuch zur Sicherstellung der Vernehmung Eichhorns zu machen. Abgesehen von dem Fall Eichhorn wird die Untersuchung der Berliner Januarunruhen in der ersten Sitzung mit Pfingsten zum Abschluß gebracht werden. Für die Untersuchung der Unruhen im Ruhrrevier, in Oberschlesien und in Mitteldeutschland sind zur vorläufigen Durchsicht des Materials Unterausschüsse unter dem Vorsitze der Abgeordneten Freimuth, Frang und Schreiber-Halle eingesetzt worden.

Der Völkerbund ein Kriegstrust

Amsterdam, 5. Juni.

Nach einer Reuter-Meldung aus Washington hat Johnson, einer der Führer der fortschrittlichen republikanischen Gruppen im Norden, den Völkerbund als eine Konvention bewaffneter Mächte zu einem riesenhaften Kriegstrust bezeichnet. Der Völkerbund sei nicht eine Liga zum Schutze des Krieges. Johnson sagte: Nach sechs Monaten voll von konfusen Auseinandersetzungen über Gebietsfragen werden wir am Ende der Konferenz von Italien gehaßt, von Frankreich heimlich verachtet, von England ausgenutzt und von Japan zum Narren gehalten. Der Friedens-Völkerbund sei gebildet worden, nachdem sich die hauptsächlichsten Mitglieder mit Gebieten übersättigt hatten. Er wolle den Frieden nur insofern, als er diese Gebiete unberührt läßt. Die Transaktion mit Schantung sei die schwärzeste Seite der amerikanischen Geschichte.

*

Ostafrika soll unser werden

Eine ungenügende Wiedererstattung.

Berlin, 5. Juni.

Ausländische Blätter melden, daß man sich in Kreisen der Entente mit dem Gedanken trage, bei Friedensschluß Deutschland den ostafrikanischen Besitz zurückzugeben. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, sei demgegenüber betont, daß die Rückgabe Deutschostafrikas allein nach nicht eine freie, unvoreingenommene und absolut unparteiliche Regelung unserer kolonialen Ansprüche bedeuten würde, die uns beim Abschluß des Waffenstillstandes von der Entente durch die Annahme der Wilsonschen Grundsätze zugesichert wurde. Wenn die Entente von uns eine Entschädigung in der Höhe erwartet, wie sie in den deutschen Gegenvorschlägen angeboten wurde, wird sie im Friedensvertrag auch die Voraussetzungen schaffen müssen, die dem deutschen Volke erst die Leibrinung jener Entschädigungssumme ermöglichen. Dazu gehören ausreichende Kolonialgebiete als Stütze für die heimische Wirtschaft und als Abflußgebiet für einen Teil der deutschen Bevölkerung, der siedersin in Deutschland selbst keine Existenzmöglichkeit mehr finden wird. Die Rückerstattung Deutschostafrikas kann somit nicht als befriedigende Regelung unserer kolonialen Ansprüche, wie sie zweifellos auch im Interesse der Entente selbst liegt, angesehen werden.

Die Zukunft der Nationalversammlung

th. Die Nationalversammlung wird erst nach Pfingsten zusammentreten, und zwar frühestens Mitte Juni in Berlin, um alsdann zur Friedensfrage Stellung zu nehmen. In parlamentarischen Kreisen wird lebhaft dafür agitiert, die Nationalversammlung dauernd in Berlin tagen zu lassen. Die Reichsregierung hat sich mit diesem Plane einverstanden erklärt. Die Plenarsitzungen sollen weiter in der Aula der Universität stattfinden oder in den Plenarsaal des Herrenhauses verlegt werden, für Ausschuß- und Fraktionssitzungen steht das Präsidialgebäude des Herrenhauses zur Verfügung, auch das Obergeschoß des Reichstagsgebäudes kann in kurzer Zeit wieder den Fraktionen zugänglich gemacht werden. Es ist also damit zu rechnen, daß die Nationalversammlung nach Pfingsten dauernd in Berlin tagt, zumal die Regierung auch im Juni schwierlich Zeit finden wird, in Weimar zu weilen und die Arbeiten der Nationalversammlung längere Zeit auch nicht unterbrochen werden können. Man wird sich wahrscheinlich so helfen, im Juni hauptsächlich Ausschüsse tagen zu lassen und nur wenige Vollsitzungen abzuhalten. Nach Erledigung der Friedensverhandlungen würde die Nationalversammlung etwa Mitte Juli eine Pause in ihren Verhandlungen eintreten lassen und im September ihre Beratungen im Reichstagsgebäude aufnehmen, mit dessen Wiederherstellung demnächst nach Ablauf der Quarantänegeit begonnen werden wird.

*

Oesterreich im Rate

Innsbruck, 5. Juni.

Nach den neuesten Meldungen findet die Zusammenkunft der deutschösterreichischen Staatsmänner mit dem Staatskanzler Dr. Renner morgen in Feldkirch statt. Auch Vertreter Tirols werden sich dorthin begeben.

Die „Wiener Allgem. Ztg." erklärt nach einer Schilderung des deutschösterreichischen Zusammenbruchs, daß es nur einen Ausweg aus dieser Lage gebe, nämlich den Anschluß an das Deutsche Reich.

*

Friedenswünsche in aller Welt

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Rotterdam, 5. Juni.

Ueber die Auffassung in Amerika berichtet der Korrespondent des „Manchester Guardian" aus New-York, daß die deutschen Gegenvorschläge einen guten Eindruck hervorgerufen hätten. Abgesehen von der geforderten Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen sieht man in den deutschen Gegenvorschlägen die Anerkennung der deutschen Niederlage und die Anerkennung aller Grundsätze, für welche die Alliierten gekämpft haben. Einen Betrag von 5 Milliarden Pfund Sterling hält man in New-York für das äußerste, was Deutschland zahlen kann. Diese Auffassung herrscht auch in der amerikanischen Finanzdelegation.

Die „Times" melden aus Paris, daß aus Konferenzkreisen verlautet, daß ein starker Druck auf Lloyd George ausgeübt würde, um die Friedensbedingungen zu ändern. Man sagt, daß der Druck besonders von drei verschiedenen Seiten komme, von den Führern der Liberalen und der Arbeiterpartei, die die Bedingungen zu drakonisch finden und eine Abänderung verlangen. Zweitens von Finanzkreisen, die verlangen, daß die durch Deutschland zu zahlende Kriegsentschädigung festgestellt werden soll. Drittens von maßgebenden britischen Staatsleuten, die finden, daß man im Falle der Unterschrift Deutschlands wohl zu einigen Konzessionen bereit wäre, daß aber die schwierige Lage der Entente für den Fall, daß Deutschland nicht unterzeichnet, zu denken gäbe.

Amsterdam, 5. Juni.

„Algemeen Handelsblad" veröffentlicht bei dem Vorstand der belgischen Arbeiterpartei gegen den Friedensvertrag mit Deutschland gefaßten Protest, in dem es heißt: Der Friedensvertrag werde einen neuen Krieg nur insoweit verhindern, als es ein Rechtsfriede sei. Der zukünftige Friede werde durch die Tatsache bedroht, daß zahlreiche Bevölkerungsteile im Gegensatz zum Selbstbestimmungsrecht an ein großes Polen verkuppelt würden. Der Protest spricht sich weiter gegen die Aneignung der deutschen Kolonien aus. Deutschland müsse den Schaden, den es angerichtet habe, im vollen Maße ersetzen. Es sei jedoch unzulässig, daß Deutschland dafür einen Blankowechsel unterzeichnen müsse, wodurch die Deutschen zur wirtschaftlichen Sklaverei gezwungen würden. Belgien und Frankreich müßten feste moralische und materielle Garantien gegen einen neuen deutschen Angriff erhalten. Diese müßten sich jedoch auf eine allgemeine Abrüstung und auf die Zuerkennung größerer Macht an den Völkerbund gründen. Die belgische Sozialdemokratie heißt die Wallonen herzlich willkommen. Es dürften jedoch keine Bevölkerungsteile gegen ihren Willen annektiert werden. Und deshalb sei die für Malmedy und Eupen festgesetzte Volksabstimmung ernstlich abzuhalten. Die Rechte Frankreichs auf das Saarbecken wegen der Zerstörung der französischen Kohlenbergwerke dürften kein Vorwand sein, um eine zweifellos rein deutsche Bevölkerung verkuppt zu annektieren.

Versailles, 4. Juni.

Die Pariser Morgenpresse steht vollkommen unter dem Eindruck des gewaltigen Streiks, der allein in Paris und Umgebung sich auf 250 000 Metall- und Transportarbeiter erstreckt. Infolgedessen finden sich nur sehr wenige Betrachtungen über die Aufnahme der deutschen Gegenvorschläge. Da aber, wo die Blätter versuchen, über die Stimmung innerhalb der Entente etwas zu sagen, wurden sie von der Zensur daran gehindert. Besonders bezeichnend nach dieser Richtung ist Wilsons Organ „Chicago Tribune", dem die Schlagzeile sowie ein vollständiger Artikel gestrichen worden ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906061-10/fragment/page=0001

Das „verankerte" Rätesystem

Der Verfassungsausschuß hat die erste Lesung der Verfassung abgeschlossen. Dabei wurde nach längerer Verhandlung Artikel 57 der Grundrechte, der die „Verankerung" des Rätesystems enthält, in der Fassung des Entwurfs des Unterausschusses angenommen. Die Annahme des Artikels 57 erfolgte mit allen gegen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei in folgender Fassung:

1. „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. (Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf: 1. „die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen" — nach dem Verfassungsausschuß, „die Arbeiter sind dazu berufen" — nach der Regierungsvorlage. 2. Der letzte Satz des Absatz 1 lautete nach der Regierungsvorlage: „Die beiderseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt." Der Verfassungsausschuß hat das Wort „tariflichen" gestrichen.)

2. Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und im Reichsarbeiterrat. (In Abs. 2 sind die Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage nur redaktioneller Art.)

3. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Lösung der gesamtwirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer oder sonst beteiligten Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und im Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind zu einer Vertretung der wichtigsten Berufsgruppen entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung auszubauen. (Zu der Fassung der Regierungsvorlage sind hinzugefügt auf Antrag Dr. Brauns-Zentrum der zweite Satz und die Worte „oder sonst beteiligten Volkskreise". Geheimrat Dr. Freig vom Reichsarbeitsministerium hatte den Vorschlag bekämpft, in die Wirtschaftsräte außer den Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch „sonstige beteiligte Kreise", nämlich Verbraucher und freie Berufe aufzunehmen, da dann der wichtige Grundsatz der paritätischen Zusammensetzung verletzt und die schwierige Frage des Zahlenverhältnisses für die Vertretung der verschiedenen Kreise aufgeworfen würde. Verbraucher und freie Berufe würden ohnehin vertreten sein, erstere durch die Mehrzahl der Arbeitervertreter und einen Teil der Arbeitgebervertreter, letztere in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber und Arbeitnehmer.)

4. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die ebenso wie die Vorlagen der Reichsregierung zu behandeln sind. Er kann dazu Vertreter abordnen, die wie Vertreter der Länder an den Verhandlungen teilnehmen können. (Der letzte Satz ist vom Verfassungsausschuß hinzugefügt. Sonst nur redaktionelle Änderungen.)

5. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

6. Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reichs. (Nur redaktionelle Änderungen. Das Wort „ausschließlich" soll laut Erklärung des Reichsministers des Innern Dr. Preuß bedeuten, daß nicht eine Landesgesetzgebung ihrerseits die Räteorganisation anders regeln könne.)

Der Reichsfinanzhof in München

Als Sitz des Reichsfinanzhofes, des Obersten Gerichtshofes in allen Steuerfragen, wurde bekanntlich auf Ersuchen Bayerns München gewählt, obgleich er als Zentralbehörde des Reichs eigentlich nach Berlin gehörte und es von vornherein feststand, daß der Reichsfinanzhof aus technischen Gründen in der Reichshauptstadt und in der Nähe der anderen Zentralbehörden ein viel leichteres Arbeiten haben würde. Die bayerische Regierung und der bayerische Landtag versprachen wiederholt, alles zu tun, um der neuen Behörde und ihren Mitgliedern den Aufenthalt in München so angenehm wie möglich zu machen. Leider aber ließ die bayerische Regierung ihren Worten keine Taten folgen. Wie uns mitgeteilt wird, befindet sich der Reichsfinanzhof in einer derartigen Lage, daß ein gedeihliches Arbeiten unmöglich ist. Während sich die Regierung Eisner überhaupt nicht um ihn kümmerte, abgesehen davon, daß sie nach Kräften bemüht war, ihm das zur Ausübung seiner Tätigkeit zugewiesene Gebäude wieder abzunehmen, ließ es sich die nachfolgende bolschewistische Regierung besonders angelegen sein, die Mitglieder des Reichsfinanzhofes nach Möglichkeit zu drangsalieren. Aus jetzt aufgefundenen Listen geht hervor, daß eine Anzahl der Beamten in der Zeit der kommunistischen Regierung verhaftet und erschossen werden sollten! Wenn Bayern in dem an sich verständlichen Gefühle seiner Bedeutung wünschte, daß München der Sitz einer Reichszentralbehörde wurde, dann war es auch verpflichtet, dieser Behörde den nötigen Schutz und jede Förderung ihrer Tätigkeit angedeihen zu lassen. Wie die Dinge liegen, ist Bayern dazu aber nicht imstande und wird auch in absehbarer Zeit nicht dazu imstande sein. Daraus sollten die maßgebenden Stellen sobald als möglich die gegebene Folgerung ziehen.

Hilfe für die Ostmark

Die Schlappheit der Regierung

Der Ausschuß für den ostdeutschen Heimatdienst im Kreise Oletzko sandte ein Telegramm an den Reichspräsidenten, Ministerpräsidenten, Reichswehrminister, Nationalversammlung und Landesversammlung, in dem es unter anderem heißt, daß es so aussieht, als ob die Staatsregierung nicht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Verschacherung deutschen Landes an die Polen eintreten werde, denn für alle Bitten um dringende Hilfe hat der Herr Minister gar keine oder nur ausweichende Antworten.

Besonders ist es uns befremdend, daß der Herr Minister es unter gewissen Umständen für nicht erwünscht erklärt, wenn die Polen sich unseren Heimat mit Gewalt bemächtigen würden, und daß er von der Abschnürung Ostpreußens vom Reiche durch den westpreußischen Korridor als einer gegebenen Tatsache sprach. Einer Mahnung an uns Ostpreußen, in diesem Falle unser Deutschtum uns zu bewahren, hätte es nicht bedurft; denn tatkräftiger, als die Reichsregierung durch ihr Verhalten leider erkennen läßt, sind wir entschlossen, unser Deutschtum mit allen Mitteln zu verteidigen, falls die Reichsregierung, wie es den Anschein hat, uns verraten will.

Ferner heißt es, daß man den Eindruck habe, auf einem verlorenen Posten zu stehen und daß die Reichsregierung Masuren nun als Tauschobjekt gegen ihr günstiger erscheinende Änderungen des Friedensvertrages betrachte. Weiter wird auf das nachdrücklichste gefordert, daß die Reichsregierung die in den Friedensbedingungen enthaltene Forderung einer Volksabstimmung in den rein deutsch gesinnten Gebieten mit Bestimmtheit zurückweist. Für Worte und leere Versprechungen ist es zu spät. Handeln die Reichsregierung nicht, so wird das Volk handeln.

Diese Erklärung sämtlicher Parteien im ostpreußischen Kreise Oletzko an die Regierung gibt die Stimmung in der ganzen Ostmark wieder. Das Ostmarkendeutschtum fühlt sich in allen seinen Teilen von der Regierung verlassen, und es herrscht das Gefühl, daß die Regierung nicht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Verschacherung deutschen Landes an die Polen eintrete. Man kann der Regierung nur raten, daß sie der ernsten Mahnung, die hier ausgesprochen wird, vollste Bedeutung schenkt.

Gesetz zur Sicherung des Arbeitsfriedens

Berlin, 5. Juni.

Aus den verschiedensten Kreisen, namentlich aus der Arbeiterschaft, sind an die preußische Staatsregierung dringende Wünsche herangetreten, das Wirtschaftsleben gegen die andauernden bedrohlichen Störungen durch wilde Streiks zu schützen, die von gewaltätigen Minderheiten provoziert werden. Im Verfolg dieser Wünsche ist ein Referentenentwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Arbeitsfriedens aufgestellt worden, der zurzeit der Erörterung unterliegt. Ob und in welcher Form diese Vorarbeiten zu praktischen Vorschlägen führen werden, steht dahin. Von dem Entwurf, wie er in der „Freiheit" abgedruckt worden ist, sind bereits wesentliche Teile fallen gelassen worden. In der Hauptsache haben sich die Erörterungen lediglich in Bahnen bewegt, die durch die Streikordnungen aller Gewerkschaften bereits seit längeren Jahren festgelegt sind, und die für die Anerkennung von Streiks durch die Organisationsleitungen maßgebend sind. Die Reichsregierung hat sich mit der Frage überhaupt noch nicht befaßt.

Gegen das Akkordsystem

Hamburg, 5. Juni.

Die Werftarbeiter von Blohm und Voß und vom Vulkan haben eine Resolution gegen das Akkordsystem angenommen. Der Industrierat wurde beauftragt, mit den Betriebsräten Schritte zu unternehmen, um die Forderungen der Werftarbeiter zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Es wurde dann ein Antrag angenommen, Miets- und Steuerzahlungen zu verweigern, bis die Forderungen der Werftarbeiter erfüllt seien.

Auf der Werft von Blohm und Voß sind zwischen der Arbeiterschaft und den Angestellten der Betriebsleitung Differenzen ausgebrochen, da die Arbeiterschaft die Entlassung eines Betriebsingenieurs forderte, die selbst die Arbeiterdelegierten nicht für notwendig erachteten. Die Betriebsleitung gab bekannt, daß am Donnerstag vormittag der Betrieb nicht geöffnet werde. Der Betriebsrat der Werftarbeiter dagegen beschloß, daß die Arbeiter trotzdem die Arbeit aufzunehmen hätten. Da die Angestelltenschaft gestern gegen das Vorgehen der Arbeiter einen Proteststreik begann, arbeitet der Betrieb heute ohne alle Angestellten.

Sowjets Ende in Petersburg?

Amsterdam, 5. Juni.

Die „Times" melden aus Helsingfors, daß ein allgemeiner Streik in den russischen Munitionsfabriken das Ende der bolschewistischen Herrschaft einleitet. Die Putilowwerke und andere große Fabriken sind von starken Abteilungen der Roten Garde, darunter Chinesen, umzingelt, die am Freitag und Sonnabend auf die aufständigen Arbeiter mit Maschinengewehren feuerten. Zahlreiche Aemter sind ohne Personal, da die Beamten geflüchtet sind. In mehreren öffentlichen Betrieben haben die Arbeiter eine Garde aufgestellt, um zu verhindern, daß die Bolschewiken beim Räumen der Staat die Maschinen zerstören. Der Militärgouverneur von Petersburg, ein 23jähriger Student, drohte jeden erschießen zu lassen, der nach 9 Uhr abends sich auf der Straße blicken läßt.

Kopenhagen, 5. Juni.

Die Reisenden des Dampfers „Eskilstand", der aus Rußland in Helsingfors eintraf, berichten, daß die Stimmung in Rußland sehr nervös sei, seitdem es allgemein bekannt wurde, daß die Engländer der Weißen Garde helfen. In der letzten Zeit sind zahlreiche Aufstände in Petersburg und Moskau ausgebrochen. Diese Aufstände haben namentlich die Fabriken heimgesucht, die mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigt sind. Die Fabriken stehen unter beständiger militärischer Bewachung, die häufig von den Schußwaffen gegen die Arbeiter Gebrauch macht. Die Ursache der Ausstände ist überall, daß die Arbeiter gegen die Hungersnot protestieren. Die Bolschewisten scheinen bereit zu sein, Frieden zu schließen und mit ihrer Agitation in anderen Ländern aufzuhören unter der Bedingung, daß die Grenzen Rußlands dort gezogen werden, wo die Front jetzt steht. Es bestätigt sich, daß zahlreiche Bolschewisten an der russischen Front aus Hunger zu den Alliierten übergegangen sind.

*

Englische Polizeibeamtenbewegung

Amsterdam, 5. Juni.

Im Vordergrund der englischen Presse steht die Polizeibeamtenbewegung, die ganz England umfaßt. Bei einer Massenversammlung in London am Sonntag wurde das Ergebnis der Abstimmung mitgeteilt, die 44 000 für den Streik und 4000 dagegen ergeben hat. Da die Durchführung des Streiks Anwendung von Waffengewalt bedingen wird, wurde der Streik verschoben, bis sich der Arbeiterdreiverband, der die ganze Arbeiterschaft Englands repräsentiert, am 24. Juni für den Generalstreik zur Bekämpfung des englischen Militärismus entscheidet, um gemeinsames erfolgreiches Vorgehen zu sichern. Eine starke Stimmung gegen Lloyd George kam auch in der Rede am Sonntag im Hyde-Park zum Ausdruck.

*

Gegen Blockade und Aushungerung

Kopenhagen, 5. Juni.

Wie Ritzaus Büro erfährt, wurde eine skandinavische Kollektivnote an die alliierten Mächte gerichtet, die darauf hinzielt, die Unzuträglichkeiten zu beheben, die eine Wiederaufnahme der Blockade gegen Deutschland bedeuten würde.

Brutale Drohungen eines Arbeiterrates

Eine deutschnationale Anfrage.

Der deutschnationale Abgeordnete Werner stellte nachstehende Anfrage in der Preußischen Landesversammlung:

„In Nr. 120 der „Hersfelder Zeitung" befindet sich folgende, vom Arbeiterrat Lift zu Hersfeld unterzeichnete Bekanntmachung:

„Beim städtischen Wohnungsamt haben sich zurzeit 105 Wohnungssuchende gemeldet.

Die Regierung in Kassel hat das städtische Wohnungsamt noch immer nicht bestätigt und die hiesigen Behörden stehen der Wohnungsnot achselzuckend und ratlos gegenüber."

Unter der Bekanntmachung befindet sich folgende Einladung:

„Am Dienstag, 27. Mai, vormittags 10 Uhr, findet im Saal des „Hotel Stern" zu Hersfeld eine Sitzung des Kreis-, Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates statt."

In der Einladung sind folgende Stellen enthalten:

„Wenn diese Herrschaften von der Revolution bis jetzt noch nichts bemerkt haben, weil die Arbeiter und ihre Vertreter zu anständig waren — was diese Sorte Menschen scheinbar nicht vertragen kann — so müssen wir ihnen begreiflich machen, daß die Arbeiterschaft noch da ist und daß wir unter Umständen auch recht unanständig werden können.

Hier hilft, da alle gesetzlichen Faktoren versagen und da die Moral dieser Gewaltmenschen zum Teufel gegangen ist, oder besser gesagt, niemals vorhanden war, nur noch

brutale Gewalt!"

Was gedenkt die Staatsregierung gegen dieses gesetzeswidrige Vorgehen, verbunden mit der Aufreizung zur rohen Gewalt, gegen den Arbeiterrat Lift zu Hersfeld zu tun?

*

Die deutschnationalen Abgeordneten D. Reinhard und Genossen in der Preußischen Landesversammlung haben folgende Anfrage gestellt:

„Nach Zeitungsnachrichten sollen in Schömwiese, Kreis Stuhm (Westpreußen), Bestrebungen aufgetaucht sein, „Ostpreußen und Westpreußen bis zur Weichsel als selbständige Republik, vielleicht unter Präsidentschaft des Bischofs von Ermland, erstehen zu lassen. — Ist der Staatsregierung Näheres über die Bedeutung dieser Bestrebungen bekannt? Was gedenkt sie zu tun, um solche Absplitterungen rechtzeitig zu verhindern? Ist sie bereit, durch energische Wahrnehmung der Interessen der östlichen Landesteile Preußens bei den Friedensverhandlungen diesen Bestrebungen den Boden zu entziehen?"

Kleine Nachrichten

Die Beamtenausschüsse in der Staatsforstverwaltung. Man schreibt uns: Für jede Oberförsterei ist zwecks Bildung von Beamtenausschüssen aus den Betriebsbeamten ein Vertrauensmann zu wählen. Wahlbar ist jeder Betriebsbeamte der Oberförsterei, der sich in einer planmäßigen Stelle befindet, wahlberechtigt jeder Betriebsbeamte, der mindestens volle drei Kalendermonate in der Oberförsterei tätig ist. In jedem Regierungsbezirk bilden der Bezirksdirigent der Bezirksgruppe des Vereins preußischer Staatsoberförster, der Vorsitzende der Bezirksgruppe des Vereins preußischer Staatsförster und dessen Stellvertreter den Beamtenausschuß. Für das Ministerium für Landwirtschaft ist vom Landwirtschaftsminister der 1. Vorsitzende des Vereins preußischer Staats-Oberförster und der 1. Vorsitzende des Vereins preußischer Staatsförster für die Dauer dieser Stellung in ihren Vereinen zu Vertrauensleuten ernannt worden.

Unberechtigtes Tragen der Uniform. In der preußischen Landesversammlung brachte in einer Anfrage der Abg. Garnich (D. Vpt.) den Mißbrauch des unberechtigten Tragens von Militäruniform zur Sprache und fragte die Regierung, was geschehen solle, um diesem Mißbrauch zu steuern und dadurch die immer mehr schwindende Achtung vor der gesetzmäßigen militärischen Macht wieder zu heben. Vom Regierungstische wurde erwidert, daß die Regierung die Notwendigkeit der Abstellung dieser Mißstände anerkenne und daß das Kriegsministerium Ermittlungen darüber eingeleitet habe, die aber noch nicht zum Abschluß gelangt seien.

Die Weltkirche. In Stockholm traf gestern eine Abordnung hervorragender Geistlicher aus Nordamerika, nämlich Bischöfe von Chicago und Cincinnatti, sowie Priester aus Berkley (Kalifornien), ein. Die Abordnung kommt aus London und begibt sich nach Upsala, um dort mit dem schwedischen Erzbischof Söderblom über die Einberufung einer allgemeinen Kirchenkonferenz zur Herbeiführung der kirchlichen Einheit der ganzen Welt zu beraten.

Die Kapitalflucht. In Nordschleswig tritt immer mehr die Erscheinung zutage, daß die deutschen Kriegsgewinnler und andere wohlhabende Deutsche versuchen, ihr Geld nach Dänemark zu bringen, trotzdem sich die dänischen Banken dagegen skeptisch verhalten. Der Zuzug nach dem möglicherweise dänisch werdenden Gebiete ist so groß, daß einzelne größere Städte die Auswanderer kaum mehr beherbergen können. Grundstücke, Häuser und andere Liegenschaften, ebenso wie Waren werden zu Phantasiepreisen aufgekauft. Die Zoll- und Steuerbehörden sind deshalb angewiesen worden, an diejenigen, durch deren Mithilfe dem Lande Kapital erhalten bleibt, Prämien von 10 Prozent solchen Kapitals zu zahlen.

Die Zulassung von Mädchen in allen Klassen höherer Knabenschulen soll gestattet werden, entsprechende Vorbildung vorausgesetzt. Sie soll aber nur für besonders tüchtige und begabte Mädchen gelten und nur da, wo bestehende Mädchenschulen nicht in Frage kommen. Dasselbe gilt für Handels-, Fach- und Gewerbeschulen.

Vom Nürnberger Streik. Wegen Streiks der Buchdruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen können die heutigen Tageszeitungen nenn überhaupt, so doch nur mit größerer Verspätung erscheinen. Der Grund des Streiks sind Lohnforderungen. Der Streik der kaufmännischen und technischen Angestellten der Metallindustrie hält an. Auch der Kellnerstreik dauert fort.

Hedwig Dohm, die Vorkämpferin der deutschen Frauenbewegung und Seniorin der Berliner Schriftstellerinnen, ist am 4. Juni im Alter von fast 86 Jahren in Berlin gestorben.

Portugals Sorgen. Nach einer Reutermeldung wird der Präsident Portugals, Canto Castro, im Amte bleiben.

Streik norwegischer Sozialisten. Die sozialistische Partei Norwegens ist jetzt gesprengt. Morgen wird ein Manifest, unterzeichnet von den hervorragendsten Männern der Partei, veröffentlicht an die Mitglieder der Arbeiterpartei, in dem gegen die syndikalistische Tendenz der jetzigen Majorität energisch protestiert wird.

th. Die Abschaffung der Mittelschullehrer- und Rektorenprüfungen. Uebertragung der Rektorenbefugnisse auf das Lehrerkollegium und Wahl von Schulleitern durch dieses Kollegium auf zwei Jahre fordert ein sozialdemokratischer Antrag der Landesversammlung.

Streikgelder. Die preußische Staatsregierung hat beschlossen, daß ein für allemal Streikgelder nicht mehr gezahlt werden, gleichgültig, aus welchen Gründen gestreikt wurde.

Der „Vorwärts" als Pfadfinder der Schleichhändler. In der Nummer des „Vorwärts" vom 2. Juni wird über „die großen Vorräte auf den Dörfern" den Berlinern wie folgt berichtet: „Die Städter leiden großen Mangel und die Bauern haben noch reichlich Vorräte. Die nähere Umgebung ist zwar abgegrast. Aber nach Wriezen hin und gegen Angermünde zu, hinter Neuruppin und Rathenow, westlich von Brandenburg und südlich von Jüterbog — da verkaufen die Bauern noch genug Kartoffeln zu 12 bis 15 Mark!" — Jetzt wissen es wenigstens die Berliner Hamsterer, wohin sie zu ziehen haben.

Heringe und Fett. Nachdem Schwierigkeiten der Bezahlungsfrage bisher das Abkommen verhindert hatten, ist nunmehr die Ausfuhr von 1½ Millionen Fässern Heringen und 10 000 Zentner Speisefett nach Deutschland aus Christiania für 80 Millionen Kronen Gesamtwert gesichert. Die Verschiffung soll um, bend beginnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906061-10/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 6 Juni.

Beschlüsse des Haushaltsausschusses

Stadttheater. — Schlachthof.

Mit Rücksicht auf die geplante Errichtung der Kleinwohnungsbauten an der Artilleriestraße soll diese von der Merseburger Straße ab bis hinauf zum Beesener Weg kanalisiert werden. Die Kosten dafür sind auf 111 500 Mark veranschlagt. Der Haushaltausschuß erteilte der Vorlage seine Zustimmung. —

Die Uebernahme des Stadttheaters in eigene geschäftliche Regie der Stadt wurde im Sinne der Beschlüsse des Theateraustschusses angenommen. Nach dem Etat, der nach vorläufigen Berechnungen aufgestellt worden ist, wird die Stadt zu den bisherigen Zuschüssen in Höhe von 206 000 M. einen weiteren jährlichen Zuschuß von 214 000 Mark leisten müssen. Es wurde allerdings die Ansicht vertreten, daß dieser Zuschuß nicht voll in Anspruch genommen zu werden braucht, da das Stadttheater-Orchester durch eigene Konzerte usw. den Etat um schätzungsweise 50 000 Mark werde entlasten können. Die Eintrittspreise sollen voraussichtlich um 25 Prozent erhöht werden; man hofft jedoch, daß der Besuch des Theaters darunter nicht sehr leiden werde, weil die hiesigen Stadttheaterpreise, die bisher die niedrigsten im ganzen Reiche waren, noch wie vor verhältnismäßig billig sind. Verschiedentlich wurde allerdings die Befürchtung laut, daß die Preiserhöhung dem Besuch Abtrag tun werde. Durch die Preiserhöhung verbessert sich der Etat günstigenfalls um 125 000 Mark. Voraussichtlich wird das Reich oder der Staat binnen kurzem ziemlich scharfe Vergnügungssteuern auch auf die Stadttheater-Billetts setzen. Diese Steuern sollen ihrerseits automatisch auf die 25 Prozent Erhöhung der Eintrittspreise aufgeschlagen werden. Die Verpachtung des Theaters soll beschlußgemäß am 1. September erfolgen. — Der Haushaltsausschuß genehmigte die Sommerspielzeit für das Stadttheater unter denselben Verhältnissen wie früher. Die Spielzeit hat bekanntlich bereits begonnen. — Ueber den Antrag der Unabhängigen betreffend die Entschädigung von Lohnausfällen und andere Aufwendungen der Stadtverordneten wurde das längeren verhandelt. Die demokratische Fraktion erklärte ihre Zustimmung zur Vorlage. Es wurde allerdings beschlossen, die Entschädigung nicht für die einzelnen Sitzungen zu berechnen, sondern eine Pauschsumme von etwa 300 Mark für jeden Stadtverordneten auszusetzen. Nahezu einstimmig wurde ferner beschlossen, den Stadtverordneten Freifahrkarten für die Straßenbahn zur Verfügung zu stellen. Es wurde indes über die endgültige Formulierung der Vorlage noch nicht Beschluß gefaßt; die Fraktionen werden sich über die Fassung noch einigen und nach Verständigung der Fraktionsvorstände unter sich wird darüber in späterer Lesung des Haushaltsausschusses entschieden werden. — Für die Verlegung von Gasleitungen im oberen Teil der Gr. Steinstraße werden 45 000 Mark bewilligt. — Das Ammoniakwasser, das in der städtischen Gasanstalt abläuft, wurde bisher in der Weise nutzbar gemacht, daß es nach 20prozentiger Kondensierung für Munitionszwecke Verwendung fand. Die Einnahmen hieraus betrugen 75 000 Mark. Nachdem die Munitionserzeugung stillgelegt ist, ergibt sich die Frage, in welcher Weise die chemischen Wässer weiter verwendet werden sollen. Es bietet sich nun Gelegenheit, eine Anlage zu kaufen, die das Ammoniakwasser zu schwefelsaurem Ammonium verarbeitet, das für landwirtschaftliche Düngezwecke Absatz finden kann. Die Kosten der Anlage, die alles in allem 70 000 Mark betragen, wurden aus Anleihemitteln bewilligt. — Auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof war bereits im vorigen Jahr die Gebührenordnung um 125 Prozent erhöht worden. Der neue Etat verzeichnet einen neuerlichen Fehlbetrag von 140 000 Mark; zum Ausgleich dieses Defizits wird es notwendig, eine weitere Erhöhung der Gebühren um 175 Prozent vorzunehmen. — Die städtischen 50-Pfg.-Scheine sind zum Teil sehr abgenutzt und einziehungsbedürftig. Der Haushaltsausschuß bewilligte den Druck von 500 000 Stück neuer Scheine mit der Maßgabe, daß der Gesamtumlauf der 50-Pfg.-Scheine nicht höher sein darf als 1 Million Stück. Zurzeit befinden sich 194 000 Stück in Umlauf.

Die erste Kreistagssitzung

Am Montag vormittags um 10½ Uhr versammelten sich zum ersten Male in dem Sitzungssaal des Kreisständehauses die neugewählten Kreistagsmitglieder, 25 Abgeordnete der U. S. P., 1 Mehrheitssozialist, 10 Abgeordnete der bürgerlichen Parteien und außerdem 1 Amtsvorsteher. 30 Herren waren neu gewählt, 6 gehörten schon dem vorigen Kreistage an.

Gleich nach 10½ Uhr eröffnete der Vorsitzende den Kreistag mit anerkennenden Worten für die Arbeit und die Leistungen des früheren Kreistages. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung ließen die bürgerlichen Abgeordneten die Erklärung abgeben, daß sie die Vollziehung der Wahlen zum Kreistag für ungesetzlich hielten, da das Wahlgesetz nicht durch die allein dazu berechtigte Landesvertretung beschlossen sei, sondern einfach durch ministerielle Verfügung. Die Nationalversammlung sei nicht befragt worden. Sie beantragten, ihren Protest zu Protokoll zu nehmen. Die unabhängigen Sozialisten ließen nunmehr ihre Anträge vorbringen: Verankerung der Arbeiterräte, dauernde Kontrolle aller Ein- und Ausgänge des Landratsamtes, Beziehung der Arbeiterräte durch den Kreis usw. Einer der Unabhängigen erwiderte auf den Protest der bürgerlichen Abgeordneten, die Wahlen seien zu Recht vollzogen, die Minister seien von der Nationalversammlung ernannt und könnten nun und lassen, was sie wollten. Punkt 1 der Tagesordnung betr. Prüfung der Gültigkeit der Kreistagswahlen wurde schnell erledigt und die Wahlen für gültig erklärt. Ueber Punkt 2 der Tagesordnung betr. Beteiligung des Kreises an der zu gründenden Kraftwagengesellschaft mit 10 000 Mark entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Mitglieder der unabhängigen sozialistischen Partei vermißten in der Vorlage die Zusicherung, daß die Kraftwagen nicht zu militärischen Zwecken, Beförderung von Regierungstruppen und Maschinengewehren benutzt werden sollten, sowie die Festsetzung eines Tarifes. Sie verlangten Absetzung von der Tagesordnung; ein Mitglied beantragte Ablehnung, da die Beförderung von Gütern mit Lastkraftwagen viel zu teuer sei. Die bürgerlichen Kreistagsabgeordneten traten für die Vorlage ein. Bei der vorgenommenen Abstimmung, ob die Vorlage grundsätzlich abzulehnen sei, stimmten gegen die grundsätzliche Ablehnung sämtliche Abgeordneten mit Ausnahme eines Mitgliedes. Auf Antrag der unabhängigen Sozialisten wurde der Antrag von der Tagesordnung abgesetzt. Bei der darauf vorgenommenen Wahl von 6 Mitgliedern in den Kreisausschuß wurden 1 bürgerlicher und 5 unabhängige Mitglieder gewählt. Hierauf wurde Punkt 4 der Tagesordnung, Wahl zur Rechnungskommission, erledigt. Die Wahlen erfolgten durch Zuruf. Punkt 5 betr. Entschädigung der Kreistagsmitglieder für Teilnahme an den Kreistagssitzungen löste eine sehr lebhafte Debatte aus. Die bürgerlichen Abgeordneten erklärten, daß sie für eine mit Rücksicht auf die Steuerzahler des Kreises nicht zu hohe Entschädigung, und zwar von 15 M. pro Tag, seien, trotzdem das Amt bisher ein ehrenamtliches gewesen sei. Die Unabhängigen verlangten 20 Mark pro Tag. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen von 8 der bürgerlichen Abgeordneten angenommen. 2 bürgerliche Abgeordnete stimmten mit den Unabhängigen. Eine weitere Belastung der Steuerzahler wurde hierdurch beschlossen. — Punkt 6 der Tagesordnung Einrichtung einer Niederdruck-Warmwasser-Heizungsanlage für das Haus Luisenstraße 7" wurde unter allgemeiner Anerkennung der Notwendigkeit angenommen. Es sollen drei Firmen zur Einreichung eines Kostenanschlages aufgefordert werden. Der Kreisausschuß wurde ermächtigt, den Bau der Anlage an eine dieser Firmen nach Anhörung eines Sachverständigen zu vergeben, ohne verpflichtet zu sein, die Ausführung dem Mindestfordernden zu übertragen.

Nach Erledigung der Tagesordnung erfolgten von seiten der Unabhängigen noch Angriffe auf den Vorsitzenden, die in einem Tone gehalten waren, den man sonst im Sitzungssaale des Kreisständehauses nicht gewöhnt war, an den man sich aber voraussichtlich wird gewöhnen müssen. Sämtliche Angriffe wurden in ruhiger, sachlicher Weise von dem Vorsitzenden zurückgewiesen und widerlegt. Schon während der Verhandlungen legte sich die Spannung unter den bürgerlichen Mitgliedern, die erwartet hatten, daß die redegewandtesten Vertreter der unabhängigen Sozialisten von diesen in den Kreistag gewählt seien, um sie recht erfolgreich zu Worte kommen zu lassen. Man schied mit dem Eindruck, daß man diese tüchtigen Männer heute noch nicht aufgeboten hatte, um sie für künftige Zeiten in Reserve zu halten. T.

— **Wiederkehr der Fahrtausweise?** Wie wir hören, haben die Fahrtausweise, die bis zum 1. Juni in Gültigkeit waren, alle Aussicht, bald wieder in Wirksamkeit zu treten. Der Andrang zu den über Halle verkehrenden Zügen ist seit dem 1. Juni derart stark, daß die Eisenbahndirektion daran denkt, nach Pfingsten den Ausweiszwang wieder einzuführen.

— **Freiwilligenverbände und Reichswehr.** Es wird uns mitgeteilt: Da jetzt die Bildung der Reichswehr soweit vorgeschritten ist, daß Reichswehr- und angegliederte Volkswehrtruppen Ordnung und Sicherheit genügend gewährleisten, machen Sparsamkeitsrücksichten die Beibehaltung von Freiwilligenverbänden, Volks- und Sicherheitswehren, deren Ein- und Angliederung in die Reichswehr nicht beabsichtigt ist, unmöglich. Vom 31. Juli ab stehen für solche Verbände Reichsmittel nicht mehr zur Verfügung. Jedoch kann ihre Weiterbezahlung aus Reichsmitteln durch das betr. Generalkommando beim Reichswehrminister beantragt werden, wenn aus Gründen der öffentlichen Sicherheit ein längeres Fortbestehen solcher Verbände erwünscht ist.

— **Stadtgymnasium.** Im Kriegsbeschädigtenfonderlehrgang bestand am Mittwoch die erleichterte Kriegsreifeprüfung Leutnant d. R. Walter Klingberg (Studium der neueren Sprachen).

— **Die Magistratshilfsbeamten** versammelten sich gestern abend auf dem Marktplatz, um von den Führern der Organisationen zu hören, ob sich der Magistrat noch in letzter Stunde bereit erklärt habe, in Verhandlungen mit den Vertretern der Organisationen zwecks Aufbesserung der Gehälter usw. eingutreten. Wie es scheint, wird es zu einer Verständigung kommen. Am heutigen Freitag nachmittag um 4 Uhr finden zwischen dem Magistrat und den Vertretern der Hilfsbeamten die ersten Verhandlungen statt. Der Leiter der Bewegung, der den zahlreich Versammelten gestern über den Verlauf der Bewegung Mitteilung machte, forderte zu festem Zusammenhalten auf. Die Menge ging alsdann wieder auseinander.

— **Urteil im Aufruhrprozeß.** In der gestrigen Verhandlung gegen die Aufrührer, die in der Nacht vom 2. zum 3. März als Haupträdelsführer bei der Erstürmung und Plünderung des Strafgefängnisses am Kröcker ergriffen worden waren, wurden folgende Urteile gefällt: Es wurden zu Zuchthausstrafen verurteilt: Just zu 5 Jahren, Sander zu einem Jahre 8 Monaten, Klaus zu zwei Jahren sechs Monaten; zu Gefängnisstrafen: Kotsch zu drei Jahren sechs Monaten, Müller zu zwei Jahren, Richter zu zwei Jahren drei Monaten.

*

Robert Franz-Singakademie

Der glänzenden Aufführung von Händels „Semele" ließ die Robert-Franz-Singakademie tags darauf einen Liederabend folgen, der sich durch köstliche Mannigfaltigkeit auszeichnete. Einzellieder, Duette, Lieder für gemischten Chor waren vorgesehen; und den Beschluß bildete Hermann Zilchers schnell berühmt gewordenes „Deutsches Volksliederspiel für vier Singstimmen mit Klavier". Dieses Werk, während des Krieges entstanden, ist im Jahre 1916 gleich nach seinem Erscheinen hier eingehend gewürdigt worden. Es ist ein künstlerisches Bekenntnis zum Deutschtum von ungemein eindringlicher Kraft, und es wird nun, wo unser teures Vaterland zu Boden gesunken und von unreinen Händen täglich tiefer in den Staub gezerrt wird, vielleicht eine Zukunftsbedeutung erlangen, die sein Schöpfer nicht geahnt hat. „Was deutsch und echt, weißt keiner mehr, lebt's nicht in deutscher Meister Ehr." Welchen ausgedehnten Stimmungskreis durchläuft des Tondichters schaffende Fantasie an der Hand der Strophen, die er aus „Des Knaben Wunderhorn" mit seinem Bedacht ausgewählt hat, und die untereinander in Gedanken und Gefühlsschwingungen verknüpft erscheinen. Zwischen „Kinderkonzert" und „Schnitter Tod" spannt sich ein weiter Bogen der Empfindungen, die Hermann Zilcher für seine Musik wohl auszuschöpfen weiß. Goldner Humor, sprudelnde Laune vereinen sich mit zartester Liebeslyrik, mit ernsten Betrachtungen über Vergehen und Sterben. Und der Abschluß steigert sich zu hymnischer Pracht in den Klängen, die in der „Schönheit der Kreatur in Gott" des Schöpfers Allmacht und Wunder preisen. Nur ein deutscher Meister konnte dieses Liederspiel schreiben. Nur ein deutscher Meister vermochte es, so geistreich im Einzelnen zu sein und doch das Ganze mit inbrünstiger Innerlichkeit, ja mit ehrfürchtiger Andacht des Fühlens zu durchglühen. Die Wiedergabe, die Lotte Leonard, Minnie Haller-Sardot, Heinrich Kühlborn und Georg Nieratzky dem Volksliederspiel bereiteten, brachte die Vorzüge der Tondichtung vorzüglich zur Geltung. Die Einzelgesänge wie die mehrstimmigen Lieder wurden frisch und natürlich behandelt und waren im Vortrag bemerkenswert gut ausgeglichen. Infolgedessen herrschte über Werk und Darbietung völlige Einheitlichkeit des Empfindens. In den Gesängen von Franz Schubert und Hugo Wolf waren die Ausführenden nicht ganz so glücklich wie in ihrem gemeinsamen Wirken. Am besten gerieten die beiden Duette von Schumann „Wiegenlied" und „Unterm Fenster". Mit den fünf Liedern für gemischten Chor huldigte die Robert-Franz-Singakademie dem unsterblichen Meister, dessen Namen sie trägt; und zwar um so bornehmer, als unter der fortreifenden Leitung des Professors Alfred Rahlmes lebendig und ausdrucksvoll gesungen wurde. Nicht geringen Anteil am Gelingen des schönen Konzertes hatte Kapellmeister Otto Volkmann, der die Begleitung der Gesänge und des Liederspiels zu einer von musikalischem Feingefühl und bedeutendem pianistischem Können zeugenden Kunstleistung erhob. Dr. W. Kaiser.

Nachdruck verboten.

Die Referendarin

Roman von Carl Busse.

7]

Und immer zählte Peter die Schritte. Er zählte bis hundert. Er fing von vorne an. Er unterbrach das mechanische Zählen gewaltsam und fragte sich, ob er denn verrückt sei.

Jule ging neben ihm her. Bis zum dritten Baum noch . . . vielleicht sprach er dann. Wieder bis zum dritten Baum.

Es war so furchtbar lächerlich, so dahinzulaufen — ohne Sinn, ohne Zweck, ohne Wort. Und dieses unsinnige, grauenhafte Schweigen beklemmte ihr die Brust. Nur einen Laut hineinwerfen, lachen, erzählen, plappern . . . irgendwas!

Sie nahm ein paarmal einen Anlauf, etwas Gleichgültiges zu sagen. Als kostete es unsägliche Anstrengung, jetzt noch über das mächtig gewordene Schweigen zu siegen. „Was macht . . . denn . . . Satan?" fragte sie endlich, fast heiser.

Der Bann war gebrochen. Wie ein Ertrinkender an jede ihm vorgehaltene Stange, klammerte sich Peter an ihre Frage.

Er überstürzte sich mit der Antwort. Er erzählte. Er hielt das Thema nicht los, damit das Schweigen nicht noch einmal die Herrschaft gewinnen könnte. Von einem Kalbsmachen sprach er mit weitschweifiger Wichtigkeit, wenn die Dogge gestern angebracht hätte. Von Satans Intelligenz, Schlauheit, Gutmütigkeit. Wollte ihm der Stoff ausgehen, suchte er krampfhaft nach neuem. Selbst auf die Hundesteuer kam er. Was das für eine Ungerechtigkeit sei, wofür man die denn bezahle? Etwa wegen Verunreinigung der Straßen? Ja, weshalb man dann keine von Luxuspferden erhebe!

„Gott Zions, wohin gerate ich?" dachte er selber. Aber er sprach weiter, ereiferte sich, sprach lärmvoller als nötig.

Zu hörte es mit an. „Warum plappert er so?" fragte sie sich entsetzt, halb betäubt. „Nur damit er etwas anderes übertönt? Damit er über die Verlegenheit fortkommt? Damit die Zeit vergeht, die er mir widmen muß?"

Und es faßte sie wie Verzweiflung. Sie glaubte immer, jetzt gell und schallend in all das Zeug, das er erzählte, hineinlachen zu müssen. Sie fühlte, daß sie es bald nicht mehr würde ertragen können.

Achtmal waren sie jetzt hin- und hergelaufen. Da war der Grenzstein schon wieder.

Und das neunte, zehnte, elfte, zwölfte Mal würden sie den Weg machen, und immer lärmender würde Peter von seiner Dogge „Satan" erzählen — Herr Gott, wenn sie erst fort wäre, allein zu Hause!

Sie wußte ganz genau, ihre Kraft war zu Ende. In ein paar Minuten würde sie schreien müssen . . . schreien . . . schreien, um nicht verrückt zu werden oder zu ersticken.

Da hielt sie an . . . gerade am Grenzstein.

„Ich hab' keine Zeit mehr. Ich muß nach Hause."

Es kam mit so jäher Plötzlichkeit, daß er betroffen zurückfuhr, daß er das letzte Wort der Hundegeschichte, auf die er sich eben festgebissen hatte, noch zweimal wiederholte, während er schon die Hand ergriff, die sie ausgestreckt hatte.

„Ich muß nach Hause. Ich muß nach Hause. Adieu!"

„Auf Wiedersehen," murmelte er. Er wurde ganz rot. Er stand wie ein Klotz da.

„Adieu!" rief er dann.

Sie ging schon. Sie kehrte sich nicht um. Immer schneller wurde ihr Schritt. Sie lief fast . . . in dem blauen, dunklen Kleid durch den sausenden Kiefernforst, über dem grau die Wolken hingen.

Zuletzt jagte sie förmlich dahin.

Peter starrte ihr nach. Er atmete wie befreit auf.

„Mein Gott," murmelte er dann. Warum waren sie denn zusammengekommen, wenn sie nichts — nichts geredet hatten!

Er wollte rufen: „Ju . . . Ju."

Er bog sich vor, um ihr nachzusehen.

Er rief nicht.

Vierzehntes Kapitel.

„Sie wollen weg?" sagte Buttke traurig. „Ich hab's ja gleich gewußt. Erinnern Sie sich an unseren ersten Spaziergang? Erinnern Sie sich meiner Worte: Passen Sie auf — Sie alle gehen fort und ich bleibe —?" Nun ist das früher gekommen, als ich dachte. Ich habe wenigstens geglaubt, Sie würden die vorschriftsmäßigen neun Monate hier abmachen."

Er war ehrlich bekümmert.

„Und es bleibt," sprach er dann leise, „wohl noch eine hier."

„Erbarmen Sie sich, Buttke," wehrte Peter Körner ab — „nur nicht dies Thema. Ich will es nicht."

Mit seinen blaßblauen Augen guckte der kleine Assessor ihn an.

„Es ist unrecht von Ihnen. Ich will Ihnen ein Wort mit auf den Weg geben. Ich glaube, Sie können das brauchen."

„Peter Körner, man muß den Mut haben, seinen Sünden ins Auge zu sehen!"

Der Referendar lachte.

„Steht das auch im Nietzsche?"

„Nein," erklärte Buttke mit einem Stolz, der ihm die Brust schwellte, — „es stammt von mir. Wie? Was? Es ist sehr gut, denk' ich: man muß den Mut haben, seinen Sünden ins Auge zu sehen! Bis ins Weiße der Augen, könnte man sagen."

Und noch lange wiegte er den Kopf und berauschte sich an dem stolzen Klang des Satzes, den er sich zurechtgelegt hatte.

Auch Peter mußte an diesem Tage noch öfter der Worte denken. Er tat es stets mit kurzem, ironischem Lachen. Ueber eine Redensart wie „Erkenne dich selbst! Leg dir vor dir selber Rechenschaft ab!" hätte der kleine Assessor verächtlich die Achseln gezuckt, aber wenn die alte Wahrheit neu aufgeblasen und prunkvoller aufgeputzt war, daß ihre Worte sausten — dann bewunderte er sie über die Maßen. Ein ulkiger Kunde!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906061-10/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

Der Mittellandkanal

Die Frage über die endgültige Linienführung des Mittellandkanals ist noch immer nicht geklärt. Der Zentralverein für deutsche Binnenschiffahrt hat sich abermals mit dieser Angelegenheit beschäftigt und erläuterte in der Sitzung am Montag ausführlich den Plan des schleusenlosen Mittellandkanals. Verschiedene Redner, u. a. Professor de Thierry, Professor Franzius, sprachen sich für die Bestsche Linie aus, aber der Vorsitzende, Geheimrat Flamm, machte die Mitteilung, daß die Versammlung ohne technische Unterlagen zu dem Bestschen Plan nicht Stellung nehmen könnte. Die Versammlung faßte folgende Entschließung: „Der große Ausschuß des Z. V. f. d. V. hält an dem in der Hauptversammlung vom 9. April 1918 gefaßten Beschluß fest. Er stellt an die Regierung die Forderung, daß keine Entschließung hinsichtlich der Linienwahl gefaßt werden ohne vorherigen Hinzuziehen der Vertreter der beteiligten Kommunen, Industrieverbände, Ausschüsse und Korporationen."

*

— **Jena**, 5. Juni. (Die theologische Fakultät) der Universität Jena hat für die Jubiläumsstiftung der Thüringer Städte folgende Preisaufgabe gestellt: Wo gibt es in den evangelischen Kirchen und Sekten Deutschlands, und insbesondere Thüringens Laienpredigt und Laienseelsorge und wie hat sie sich bewährt? Der Preis besteht in einem Stipendium an der Thüringer Hochschule.

— **Jena**, 5. Juni. (Hohe Schenkung.) Wie das Kultusministerium in Weimar bekannt gibt, haben der Mühlenbesitzer Paul Beier in Rutha bei Göschwitz und seine Ehefrau aus Anlaß der glücklichen Heimkehr ihres Sohnes aus dem Kriege der Kirche daselbst eine Gußstahlglocke und eine Kanzel- und Altarbekleidung im Werte von 2450 Mark geschenkt.

— **Pößneck**, 5. Juni. (Einverleibung.) Der Gesamtstaatsrat zu Meiningen hat die von den Gemeinden Pößneck und Köditz beschlossene Einverleibung der Gemeinde Köditz in die Stadtgemeinde Pößneck bestätigt.

— **Ohrdruf**, 5. Juni. (Die Thüringer Hauptgenossenschaft) zusammen mit der A.-G. Riemann-Nordhausen haben beim Stadtrat zwecks Errichtung eines größeren industriellen Betriebes mit Anschlußmöglichkeit 722,4 Ar städtischen Areals am Herrenhöfer Weg zum Preise von 45 000 Mk. zwecks Errichtung einer Flachsaufbereitungsanstalt nachgesucht. Die Stadtverordneten beschlossen, diesem Antrage stattzugeben und dem Ansuchen der Firma auch sonst alle Wege zu ebnen.

— **v. Sennewitz**, 4. Juni. (Diebstahl.) Dem Gutsbesitzer R. von hier wurden von Dieben, die ein Loch in die Stallwand brachen, 4 alte Ziegen und 4 Ziegenlämmer gestohlen, die gleich im Stalle abgeschlachtet wurden.

— **v. Krosigk**, 3. Juni. (Einbruch.) In der Nacht zum Sonntag drangen Diebe durch ein Fenster, von dem sie zuvor die Eisenstäbe entfernt hatten, in einen Schweinestall des hiesigen Rittergutes und schlachteten zwei Schweine im Gewicht von zusammen etwa 2½ Zentner ab. Sie schleiften sie dann nach einer nahen Obstplantage, wo sie sie öffneten und die Gedärme in den Bach warfen. Von den Dieben fehlt bis jetzt jede Spur.

— **Bebra**, 5. Juni. (Ein Kampf mit Wilderern.) Im Forst bei Ustar kam es zwischen Wilderern und Forstbeamten zu einem Kampfe, in dem ein Wilderer getötet wurde. Seine Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden. Vermutlich handelt es sich um einen Fremden.

„H.Z." Sportberichte

Pferderennen Berlin-Hoppegarten-Grunewald

1. Müggel-Rennen. (8000 Mark, 1800 Meter.) 1. Deinhart, 2. Godesberg, 3. Czapka. Toto für Sieg: 59. Die Plätze: 29, 22, 18. Richterspruch 1, ½, 2 Längen. Ferner liefen: Elektor, Gral, Ferne, Elschen, Grenze, Gratulation, Wildfang, Distel 2, Sieg Salomen.

2. Festino-Rennen. (12 000 Mark, 1400 Meter.) 1. Bannwart, 2. Delila, 3. Hallunke. Toto für Sieg: 24. Die Plätze: 15, 21. Richterspruch ½, 1 Länge. Ferner lief: Sturmflut.

3. Fulmen-Rennen. (16 000 Mark, 1600 Meter.) 1. Fra Diavolo, 2. Aledar, 3. Grenzmacht. Toto für Sieg: 87. Die Plätze: 27, 110, 17. Richterspruch 3, ¾, ½ Länge. Ferner liefen: Goldstrom, Namur, Adjutant, Schipper, Korotky, Aar, Steinkohle, Chaledon, Baldur, Egmont.

4. Preis der Diana. (27 000 Mark, 2000 Meter.) 1. Tulipan, 2. Reisegefährtin, 3. Selika. Toto für Sieg: 18. Die Plätze: 11, 35. Richterspruch 3, Kopf, 2 Längen. Ferner liefen: Pella, Freda, Landgräfin.

5. Waffenschmied-Rennen. (10 000 Mark, 1800 Meter.) 1. Maniel, 2. Malka 2, 3. Fema. Toto für Sieg: 18. Die Plätze: 12, 17, 26. Richterspruch 3, ¾ Längen, Kopf. Ferner liefen: Aleos, Husar, Dizmuiden, Mainspitze, Mischief.

6. Goldene Peitsche. (27 000 Mark, 1200 Meter.) 1. Optimist, 2. Schnellfeuer, 3. Frohsinn. Toto für Sieg: 14. Die Plätze: 11, 18. Richterspruch 2½, 2, ¾ Längen. Ferner liefen: Kolmerhof, Exzelsior.

7. Griggow-Rennen. (12 000 Mark, 2000 Meter.) 1. Strolch, 2. Silberkugel, 3. Rubin. Toto für Sieg: 36. Die Plätze: 17, 46, 32. Richterspruch 1, 1½ Längen, Hals. Ferner liefen: Liebesmahl, Eskadron, Revalin, Quertreiber, Attacke, Feuerzauber, Sterna.

8. Pontresina-Rennen. (9600 Mark, 1600 Meter.) 1. Oneido, 2. Glückskind, 3. Sternrose. Toto für Sieg: 27. Die Plätze: 12, 13, 12. Richterspruch ½, 4, 1½ Längen. Ferner liefen: Pruma, Friedensstaube, Narode, Pommern.

*

Die Grundsätze der Deutschen Turnerschaft

Die Deutsche Turnerschaft veröffentlicht soeben folgende Stellung zur heutigen Lage: „Getreu ihrem Wahlspruch, bei die D. T. stets die Freiheit jedes ihrer Mitglieder hochgehalten. Sie hat weder von Rang und Stand, noch von einem religiösen oder politischen Bekenntnis den Eintritt in ihre Reihen abhängig gemacht, hat vielmehr immer auf die Verschmelzung der verschiedenen Volkskreise hingewirkt. Die Grundsätze, denen sie ihre erfolgreiche Entwicklung verdankt, wird sie auch unter den neuen Verhältnissen unentwegt festhalten. Nach wie vor sieht sie es als ihre Aufgabe an, durch körperliche und sittliche Kräftigung des Einzelnen das Bewußtsein fester Zusammengehörigkeit und wahrer Vaterlandsliebe im deutschen Volke zu wecken. Da die D. T. satzungsgemäß vaterländische Gesinnung in ihren Vereinen pflegt, weiß sie wie bisher die staatlichen und städtischen Behörden unterstützen. Ihre Selbständigkeit aber wird sie sich nach oben wie nach unten wahren." Aus dieser Haltung entspringt auch nachstehender Beschluß gegenüber dem Arbeiter-Turner-Bund: „Die D. T. ist auf Grund der augenblicklichen feindseligen Stellungnahme des Arbeiter-Turner-Bundes ihr gegenüber nicht in der Lage, ein Zusammengehen mit ihm anzurregen. Aber sie betont, daß auf Grund ihrer Satzungen ein solches Zusammengehen und Zusammenarbeiten sehr wohl möglich ist, wenn die Vereine des A. T. B. keine politischen Bestrebungen treiben, sondern sich darauf beschränken, dem Vaterlande ein gesundes deutsches Volk zu erziehen."

— **Ruderkursus für Oberlehrer.** Mit Genehmigung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung soll auch in diesem Jahre ein Lehrgang zur Ausbildung von Rudererlehrern in Wannsee abgehalten werden. Mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse ist er in die Sommerferien verlegt worden. Es wird zweimal wöchentlich in den Vormittagsstunden geübt werden. Die Teilnahme ist kostenfrei. Anträge auf Zulassung sind an das Provinzial-Schulkollegium, Berlin, zu richten.

— **Die Wettkampf-Bestimmungen** der Deutschen Sportbehörde für Athletik sind nach der Umarbeitung auf Grund des Abkommens mit der Deutschen Turnerschaft neu im Druck erschienen. Danach bereinheitlicht sich die wettkampfmäßige Ausführung der volkstümlichen Uebungen in ganz Deutschland. — Auch die Spielregeln des Deutschen Fußball-Bundes sind neu herausgekommen.

Volkswirtschaft

Nachdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Mitteilungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Deutsche Bank

Sozialpolitik in der Generalversammlung.

Die starkbesuchte Generalversammlung war, ähnlich wie kürzlich bei der Disconto-Gesellschaft, von einer sozialpolitischen Debatte ausgefüllt. Eingeleitet wurde die Aussprache hierüber durch längere Ausführungen des Vorsitzenden des „Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten" Herrn Marx. Trotz aller Anerkennung dessen, was gerade die Deutsche Bank den Beamten zukommen lasse, werden sich Verwaltung und Aktionäre doch damit abfinden müssen, daß angesichts der Teuerungsverhältnisse noch mehr geschehen müsse. Er verlangt u. a., daß die Bankleitung den weiblichen Angestellten die Abschluß-Gratifikation zuteil werden lasse und kritisiert scharf das geringe Gehalt dieser Angestellten, das nur 70 bis 90 Mark monatlich betrage. — Von der Verwaltung nahm zunächst Direktor Mankiewitz das Wort. Er stellte mit Genugtuung fest, daß der größte Teil der Direktion aus der unteren Beamtenschaft der Bank hervorgegangen sei. Die Verwaltung der Deutschen Bank hat sich schon seit langem angelegen sein lassen, in sozialer Hinsicht für die Angestellten tätig zu sein. Sie hat einen großen Pensionsfonds geschaffen und für die Beamten der Bank eine eigene Pensionskasse ins Leben gerufen, die wesentlich mehr leistet als die Allgemeine Kasse der Bankbeamten. Sie hat auch ein Erholungsheim geschaffen. Die Arbeitsleistung der Beamten ist ganz erheblich geringer geworden gegen frühere Zeit. Als er vor 40 Jahren in die Bank eintrat mit einem Gehalt von 500 Talern, sei wesentlich mehr geleistet worden und es war ein Stolz der Beamten, sich als freier Kaufmann betätigen zu können. Diese kaufmännische Ehre scheint nicht bei vielen Mitgliedern vorhanden zu sein. Es sei auch zwecklos, daß der Streik der Beamten, und gerade der Beamten der Deutschen Bank, dem Ansehen Deutschlands und besonders der Deutschen Bank im Auslande geschadet habe, was namentlich in der zur gleichen Zeit einsetzenden starken Ermäßigung des Markkurses im Ausland zum Ausdruck kam. Wenn auf die Dividende von 12 Prozent hingewiesen werde, sei dies nur der anhaltenden gerühmten Geldflüssigkeit, die einen hohen Zinsgewinn der Bank beschafft habe, zuzuschreiben. Wenn in den Zinsverhältnissen eine Aenderung eintritt, dann ist es fraglich, ob bei der Weitergewährung der Erhöhung der Forderungen der Angestellten eine Dividende wohl überhaupt werde gezahlt werden können. — Direktor Michalowsky weist darauf hin, daß die Ansprüche der Angestellten übertrieben seien. Davon werden alle überzeugt sein, die den neuen Tarifvertrag der Beamten-Organisation gelesen haben. Danach wird verlangt, daß ein eben ausgelernter Bankbeamter, wenn er das 20. Lebensjahr erreicht hat, ein Jahreseinkommen von 4200 M. haben müsse, und daß dieses anteigen müsse bis zum 50. Lebensjahr, ohne Rücksicht auf die Leistung, auf 15 000 M. Es entspricht dies dem Gehalt, das ein Oberlandesgerichtspräsident, also der oberste Beamte eines Gerichtsbezirks, bezieht. Aber nicht genug damit, der Tarifvertrag verlangt auch, daß dieselben Ansprüche den weiblichen Angestellten zustehen. Dieser Tarifvorschlag werde von dem Verband natürlich nicht eingereicht in der Erwartung einer Bewilligung, sondern lediglich in der Absicht, durch Nichterfüllung unerfüllbarer Forderungen Unzufriedenheit bei den Beamten zu säen. Die gesamten Aufwendungen für die Beamten haben betragen:

im Jahre	1913	1914	1915	1916	1918
in Millionen Mark	22	25	26	30	41,9	60,7

Die Ausgaben werden für das Jahr 1919 soweit es bis jetzt schon feststeht, noch um 16 Mill. M. anwachsen. Dabei sind noch nicht einmal die Aufwendungen mitgerechnet, die ein Tarifvertrag eventuell mit sich bringen wird. Das niedrigste Gesamteinkommen eines weiblichen Angestellten beträgt 2700 M. jährlich. — Nachdem ein Mitglied des Bundes der Beamten der Deutschen Bank sich auf Seiten der Verwaltung gestellt hatte, wurde die Debatte geschlossen. Die Bilanz wurde genehmigt. In den Aufsichtsrat neu gewählt wurden die Herren Hugo von Gaßlen, Landrat Dr. Haniel-Mezaig, Otto Havns (Hamburg-Austral-Linie) und Dr. Alfred Oswald (Wilhelm Oswald u. Co. Hamburg).

Gesellschafts-Abschlüsse

✱ **Magdeburger Feuerversicherungs-A.-G.** (Drahtbericht.) Die Generalversammlung setzte die Dividende auf wieder 275 Mark fest und wählte den Geheimen Finanzrat Hugenberg, ferner Vorsitzenden des Direktoriums der Friedrich Krupp A.-G., neu in den Verwaltungsausschuß. Nach Mitteilung der Verwaltung ist der Schadensverlauf im neuen Geschäftsjahr sehr normal. Eine Tendenz zur Verschlechterung sei nicht zu erkennen. Auf eine weitere Erhöhung der Prämieneinnahme sei kaum zu rechnen. Die Angestelltenforderungen müßten eine Verteuerung der Versicherungspreise nach sich ziehen. — Die Generalversammlung der Magdeburger Rückversicherungsgesellschaft setzte die Dividende auf wieder 65 Mk. fest und wählte Direktor Uhink von der Magdeburger Feuerversicherungs-A.-G., die in Verbindung mit ihr steht, in den Verwaltungsrat.

— **Bank für Brauindustrie in Berlin und Dresden.** Die Roheinnahmen erhöhten sich in 1918/1919 von 1 133 809 M. auf 1 167 881 M. Nach Abzug der Handlungsunkosten, der Obligationszinsen und 200 000 M. Abschreibung auf Effekten- und Konsortialkonto verbleibt ein Ueberschuß von 564 892 M. (821 027), aus dem wieder eine Dividende von 6 Prozent zur Ausschüttung gelangen soll. Für das kommende Jahr dürften die aus der Kriegslage sich ergebenden Möglichkeiten der Anpassung an die Verhältnisse, wie Trocknung von Nahrungs- und Futtermitteln, Erzeugung von Nährmitteln aus Hafer usw. unter Umständen gelingen. In der Bilanz weist das Effekten- und Konsortialkonto mit 6 105 839 M. gegen 5 658 427 Mark i. V. eine erhebliche Steigerung auf. Dazu bemerkt die Verwaltung, daß die Gesellschaft ihr Engagement betr. die Wiesbadener Kronenbrauerei verrechnen, die Fusion des Münchener Brauhauses Berlin mit der Deutschen Bierbrauerei Akt.-Ges. durchführen und ebenso die Vereinigung der Essener Brauhaus Akt.-Ges. mit der Dortmunder Aktienbrauerei Akt.-Ges. mit anderen Konsorten zu Ende bringen konnte. Weiter bemerkte sie „Ihr Engagement in Schloßbrauerei Rybnick-Aktien durch Verkauf platzzustellen und nahm Interesse an der Hansa-Brauerei Lübeck Akt.-Ges. Aus der Bilanz seien noch hervorgehoben: Bankguthaben und diverse Schuldner mit 4 280 354 M. (2 018 525) und Gläubiger mit 3 566 123 M. (1 074 887).

Commerz- und Diskontobank in Hamburg. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf wieder 7 Prozent fest. Neu in den Aufsichtsrat wurden Ernst Bisdorff-Gelsenkirchen, Otto Henrich von den Siemens-Schuckertwerken in Berlin, Florian Klöckner-Duisburg, Gustav Stinnes und Carl Wehenmeyer-Mülheim gewählt.

— **Halberstadt-Blankenburger Eisenbahngesellschaft.** Die Generalversammlung genehmigte einstimmig den Rechnungsabschluß für 1918 und setzte die sofort zahlbare Dividende auf wieder 4½ Prozent fest. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Oberbürgermeister Bansi-Quedlinburg und Geh. Baurat Bindermann-Hannover wurden wiedergewählt.

A.-G. für Kunstdruck in Niederschlig bei Dresden. Die Generalversammlung beschloß die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent und ferner die Erhöhung des Aktienkapitals um 340 000 M. Die neuen Aktien sollen den alten Aktionären zum Kurs von 107½ Prozent im Verhältnis von 2 : 1 angeboten werden. Begründet wurde die Kapitalserhöhung mit erheblichen Umänderungen und Erweiterungen des Betriebes.

Industrie, Handel, Handwerk

✱ **Verband deutscher Steindruckereibesitzer.** (Drahtbericht.) Die Unternehmer im Steindruckgewerbe haben in ihrer Hauptversammlung eine einheitliche Organisation beschlossen, indem die bisher bestehenden Einzelverbände aufgelöst und sämtliche Arbeitgeber in dem genannten Verbande vereinigt worden sind. Gleichzeitig hat die schon seit einiger Zeit schwebende Tarifverhandlung mit den Arbeitnehmern ihren Abschluß gefunden. Der neue, am 1. Juni bereits in Kraft getretene Tarif sieht eine wesentliche Erhöhung der Löhne im Steindruckgewerbe vor.

✱ **Verband deutscher Rechenmaschinenfabriken.** (Drahtbericht.) Mit dem Sitze in Berlin wurde unter dieser Firma eine neue Wirtschaftsvereinigung gegründet. Vorsitzender ist Dr. Schöll von der Grimm, Natalis & Co. A.-G. in Braunschweig.

✱ **Gründung einer Schuheinfuhrgesellschaft.** (Drahtbericht.) Der Verband deutscher Schuhwarenhändler, der Zentralverband deutscher Schuhfabrikanten und der Verband deutscher Schuhwarengroßhändler haben in einer gemeinsamen Sitzung die Gründung einer Schuheinfuhrgesellschaft beschlossen.

2 **Millionen Kaninfelle.** Die Kriegsfell-Akt.-Ges. stellt im Einschreibeverfahren 2 Millionen Kaninfelle zum Verkauf. Angebotermin ist der 24. Juni d. Js.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. An der Börse sind Zurückhaltung und Lustlosigkeit unverändert. Die von zufälligen Aufträgen abhängige Kursbildung war unregelmäßig, im Verlaufe mehrfach schwankend, wobei Neigung zu Kursrückgängen überwog. Ausländische Aktienwerte lagen überwiegend fest, besonders Prinz-Heinrich-Bahn. Dagegen notierten Orientbahn 6 Prozent niedriger. Schiffahrts- und Montanaktien waren bei Schwankungen unwesentlich verändert. Stärker rückgängig waren neue Farbwerten besonders Badische Anilin und Höchster Farbwerke. Petroleumwerte und Kanada konnten sich ungefähr behaupten. Beträchtlich gesteigert waren Naphtha Nobel. Auf den sonstigen Kriegsanleihegebieten war die Kursbewegung nur unerheblich verändert.

Produktenbericht. Das Geschäft in Lupinen bleibt noch wie vor erloschen. Doch scheint das Angebot zurückhaltender geworden zu sein. Andererseits sind aber zum Teil auch die Käufer, die bisher Lupinen zu Futterzwecken gekauft haben, vorsichtiger. Der Preis für gute Mittelsorten bewegt sich zwischen 43 und 46 Mark; für Ware zu Futterzwecken sind Preise zwischen 20 und 40 Mark zu erzielen. In Kleesaaten kommt kaum noch ein Umsatz zustande. Grassaaten werden vereinzelt gesucht. Im Handel mit Rauhfutter herrscht manche Schwierigkeit. Heu ist kaum zu haben. Auch von Grünfutter ist noch nicht viel zu sehen. Stroh bleibt matt. Die Zufuhren sind andauernd sehr groß. Auch Ersatzstroh ist reichlich angeboten. Wetter: regnerisch.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	111,—
Halberstadt-Blankenb.	—,—	Gebhardt u. Co.	—,—
Halle-Hettstedter	—,—	Gebhardt u. König	70,50
Schantungbahn	119,25	Gelsenkirch. Bergb.	140,75
Allg. Lokal-Str.	126,—	Glauziger Zuckerfbr.	255,50
Gr. Berl. Str.	119,—	Hallesche Masch.-Fabr.	317,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hann. Masch.	274,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	263,—	Harpener Berg	140,50
Orientbahn	226,—	Hasper Eisen	134,—
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	201,—
Hambg. Paketfahrt	84,50	Höchster Farbw.	203,75
Hambg.-Südamerika	194,—	Hoesch Eisen u. Stahl	183,50
Hansa-Dampfschiff	160,50	Hohenlohe-Werke	155,—
Nordd. Lloyd	89,50	Humboldt-Masch.	115,—
Banken:		Ilse-Bergbau	263,—
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	284,75
Berl. Handelsgesellschaft	143,25	Kaliw. Aschersleben	151,—
Comm u. Diskontobank	123,—	Körbisdf. Zucker-Akt.	—,—
Darmstädter Bank	105,—	Kyffhäuserhütte	—,—
Deus. Landesbank	—,—	Lahmeyer u. Co.	114,50
Deutsche Bank	200,—	Lauchhammer	132,—
Diskonto-Comm.	144,—	Laurahütte	—,—
Dresdner Bank	124,—	Linke u. Hofmann	246,50
Credit-Anst. Leipzig	128,25	Ludwig Loewe u. Co.	212,—
Mitteld. Kreditbank	110,50	Lothringer Hütte	138,75
Privat-Bank	109,75	Mannesmannröhren	132,75
Nationalbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	137,75
Oesterr. Kredit	—,—	do. Caro Heg.	134,—
Reichsbank	146,—	do. Kokswerke	151,—
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	161,25
Schultheiss-Brauerei	224,—	Phönix-Bergb.	143,50
Akt. f. Anilin	163,—	Rhein. Metall-Vorz.	138,25
Allgem. Elektr.-Ges.	159,—	Rhein Stahlwerke	163,50
Ammendorfer Papierf.	—,—	Riebeck Montan	142,75
Anhalter Kohlenw.	152,—	Rombacher Hütten	132,—
Annaberger Steingut	162,50	Rositzer Braunk.	134,50
Badische Anilin	278,25	Rositzer Zucker	—,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	136,50	Sangerhäuser Masch.	106,—
Berl. Maschinenbau	179,—	Hugo Schneider u. Co.	115,—
Bismarckhütte	173,—	Schuckert u. Co.	153,—
Bochumer Gußstahl	169,—	Siemens u. Halske	140,50
Chem. Fabrik Buckau	67,25	Stettiner Vulkan	108,—
Chem. Griesheim	171,—	Stollberger Zink	127,—
Chem. v. Heyden	185,—	Strals. Spielkarten	176,—
Consolidirter Schalke	201,—	Triptis-Akt.-Ges.	140,—
Cröllwitzer Papierfabr.	—,—	Türkische Tabakregie	131,—
Daimler-Motoren	170,50	Ver. Köln-Rottweiler	260,00
Deutsche Bankverein	136,¾	Glanzstoff Elberf.	—,—
Deutsche Uebersee-El.	216,—	Wegelin u. Hübner	156,—
Deutsche Erdöl	285,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	117,75
Deutsche Seebahn	278,—	Westeregeln-Alkali	—,—
Deutsche Kali	155,75	Wittener Gußstahl	117,75
Deutsche Waff. u. Mun.	209,—	Wrede-Mälzerei	—,—
Donnersmarckhütte	193,—	Zeitzer Eisenbahnbrk.	126,—
Döring u. Lehrmann	92,—	Zeitzer Masch.	178,75
Dürkoppwerke	269,50	Zellstoff Waldhof	169,75
Felten u. Guilleaume	247,—	Otavi-Minen	—,—

Hauptschriftleiter: Heinrich Bütcher (Berreis).
Verantwortlich für den politischen Teil: i. V. Hans Helling; für Volkswirtschaft und Handel: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Wenze.
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallischen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Geschäftsführer: Robert Kaegisch.

Wandern und Reisen

Aufenthaltsbefreiung in den Rhönkurorten. Die Kreisverwaltungen des Rhöngebietes haben für alle Bäder und Sommerfrischen vierzehntägige Aufenthaltsbeschränkungen angeordnet.

Ein polnisches Bad bei Zoppot. Das hart an der Zoppoter Grenze gelegene 4000 Morgen große Rittergut Koliebken wurde von einem polnischen Besitzer von Schütze für 23 Millionen Mark käuflich erworben. Da zu dem Rittergut die Meeresküste der Ostsee von Menzelbach bis zum Bach von Adlershorst, nördlich von Zoppot, gehört, besteht die Absicht, hier ein polnisches Seebad zu errichten, um mit Zoppot in Wettbewerb zu treten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191906061-10/fragment/page=0004